

Lärm-Report

Informationen • Meinungen • Neuigkeiten

2/2005

Aus dem Inhalt:

Umgebungslärmrichtlinie auf der Kippe.....1
Lärmvermeidung bringt Geld.....3
DAL-Wettbewerb 2005.....4
Schluss mit den röhrenden Zweirädern.....7
Leiser Straßenverkehr.....8

Schienenlärm und Eisenbahnbrücken.....8
Lärm und Recht.....10
Namen Nachrichten Notizen.....11
Termine Veranstaltungen Kongresse.....12

Umgebungslärmrichtlinie auf der Kippe

**20 Cent pro Bürger für die Lärmbekämpfung sind den Ländern zu viel!
Ein Bund - Länderstreit ohne Ergebnis?**

In Deutschland droht die Umsetzung des Gesetzes zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm im Vermittlungsausschuss am Streit zwischen dem Bund und den Ländern darüber, wer die Kosten zu tragen hat, zu scheitern.

Die Konsequenz: EU-Umweltrecht würde in Deutschland wieder einmal direkt wirken, ohne dass Bundestag und Bundesrat ihre nationalen Gestaltungsmöglichkeiten wahrgenommen hätten.

Der Deutsche Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V. (DAL) forderte deshalb die Mitglieder des am 20. April 2005 - bezeichnenderweise am **Tag gegen Lärm**- in Berlin tagenden Vermittlungsausschusses auf, einen für Bund und Länder akzeptablen Kompromiss zu Gunsten der Millionen lärmgeschädigter Bundesbürgerinnen und Bundesbürger zu finden.

„Es kann es nicht angehen,“ so Rechtsanwalt Heinrich Sürder, Gera, 1. Vorsitzender des DAL, „dass mehr als 10 Millionen Menschen in Deutschland der durch die EG - Richtlinie verbrieften Schutz vor gesundheitsgefährdendem Lärm,

vorenthalten wird, nur weil partei-politisches Taktieren eine Lösung verhindert.“

Sürder unterstrich zudem, dass "es sehr viel sinnvoller ist, die durch das Scheitern des Gesetzes drohenden erheblichen Vertragsverletzungsstrafen der Brüsseler Kommission für die Lärmbekämpfung in Deutschland einzusetzen, als diese Strafzahlungen nutzlos in der EU-Administration versickern zu lassen."

Die EG-Umgebungslärmrichtlinie ist die erste durch Europarecht gegebene Chance, innerhalb vorgegebener Fristen nachhaltige Maßnahmen zur Lärmbekämpfung unter Beteiligung der Betroffenen zu entwickeln. Sie fordert für große Ballungsräume und in der Umgebung stark befahrener Straßen, Eisenbahnstrecken und von Flughäfen, bis 2008 (für kleinere bis 2013) Lärmkarten und Aktionspläne zur Lärminderung unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu erarbeiten.

Diese Forderung stellt weder technisch - in Deutschland gibt es bereits für Hunderte von Kommunen Lärmkarten - noch finanziell - der Bund rechnet für Deutschland insgesamt mit